Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Dora Heyenn, Norbert Hackbusch,
Christiane Schneider, Kersten Artus, Tim Golke, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/10130

**Betr.: Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH
(HWW)
Bericht des Haushaltsausschusses über Drs. 20/9848**

Zum Jahresbeginn 2014 ist eine Preiserhöhung von 1,61 Euro/m³ auf 1,65 Euro/m³ (1,77 Euro/m³ einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer) geplant. Für Privatpersonen beträgt die Mehrbelastung circa 2,5 Prozent. Außerdem werden die Grundpreise für Haus- und Großwasserzähler und die Basispreise für Wohnungen mit Wasserzählern angehoben. Bereits zum 1. Januar 2013 mussten die Hamburger Bürgerinnen und Bürger mehrere Wasserpreiserhöhungen in Höhe von circa 1,4 Prozent in Kauf nehmen.

Für die HWW sollen die Preisanhebungen 2014 voraussichtlich zu Mehrerlösen von circa 4,3 Millionen Euro ab 2014 führen.

Gewinne in Höhe von circa 30 Millionen Euro und eine Gewinnausschüttung im Jahr 2012 in Höhe von 31,3 Millionen Euro an die Stadt sind überaus komfortabel. Gleichzeitig ist die Möglichkeit dieser Gewinnausweise Indiz, dass die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) durchaus in der Lage ist, auf eine erneute Anhebung der Wasserpreise zu verzichten.

Bei den geplanten Preissteigerungen handelt es sich für viele Bürgerinnen und Bürger um Mehrbelastungen in einer Größenordnung, die im Regelfall die Renten- und ALG-II-Regelsatzerhöhungen prozentual deutlich übersteigen. Steigende Lebenshaltungskosten und Wohnnebenkosten, zu denen die vorgesehenen Gebührenerhöhungen zählen, haben in Hamburg in den letzten fünf Jahren zu 4.000 Zwangssperrungen der Wasserversorgung geführt. Lebensbedingungen werden verschlechtert, die wirtschaftliche Existenz dieser armen oder armutsgefährdeten Hamburgerinnen und Hamburger unnötig und in unverantwortlicher Weise gefährdet.

Wasser ist Allgemeingut. Es ist ein Lebensmittel und nicht zuletzt der Zugang zu ihm ein Menschenrecht! Aus diesem Grund ist es falsch, dass es, wie von den Hamburger Wasserwerken und vom Senat vorgesehen, als Handelsware zur Gewinnerhöhung von Unternehmen dient. Die vorgesehene Gebührenerhöhung zur Sanierung des Hamburger Haushalts und zum Finanzierungsausgleich der Leuchtturmprojekte des Hamburger Senates zu nutzen, ist unanständig und nicht tragbar!

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Bei künftigen Genehmigungsanfragen landeseigener Unternehmungen zu Gebührenerhöhungen vorab die Bürgerschaft in den Genehmigungsprozess einzu beziehen und künftig die Ausschussempfehlung Punkt 1 („... insofern hält die

Bürgerschaft – abweichend vom Antrag des Senats in Drs. 20/9848 – eine Zustimmung zur Anhebung der Wasserpreise für erforderlich“) des Haushaltsausschusses vom 27.11.2013 umzusetzen.

2. Explizit darzulegen, aus welchen Gründen Wassergebühren, die lediglich einer Kostendeckung dienen sollen, derart unverhältnismäßig zur Gewinnerzielung und Gewinnerhöhung ausgereizt und permanent erhöht werden.
3. Der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. März 2014 zu berichten.